

chen Geschichte. Sie setzen die uhmreichen revolutionären Traditionen des bewaffneten Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und anderer progressiver Bewegungen fort. In ihnen ebt das Gedankengut fortschrittlicher Militärs der deutschen Geschichte wie Scharnlorst, Gneisenau, Clausewitz und anderer.

Der Sozialismus braucht Frieden und schafft Frieden. Nur im Frieden kann er seine Möglichkeiten und Vorzüge voll entfalten. „Wir waren im Gegensatz zu den Imperialisten nie liejenigen, welche die Welt am liebsten in Waffen starrnd, die Menschheit in ständiger Sorge vor Kriegsgefahr sehen, und wir werden es nie sein, denn zu unseren kommunistischen Idealen gehört der Frieden, um Nutzen und zum Wohle aller Völker“, sagte Genosse Erich Honecker auf der 9. Tagung des ZK der SED.

Sozialismus hat eine friedensichernde Mission

Zorn Sozialismus gingen in der Geschichte die stärksten Impulse und Initiativen zur Sicherung des Weltfriedens aus. Die Sowjetunion, und an ihrer Seite die sozialistischen Bruderstaaten, steht heute an der Spitze des weltweiten Kampfes zur Lösung der Frage aller Fragen der Gegenwart, der Begrenzung und Einstellung des Wettüstens. Gerade in den letzten Monaten wurden wir Zeuge eines neuen hervorragenden Erfolges dieser beharrlichen, unrinzipienfesten und zugleich flexiblen Friedenspolitik, des Abschlusses des Vertrages zwischen der UdSSR und den JSA über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT II).

Dieser Vertrag ist Beweis dafür, daß es beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Welt möglich ist, Zug um Zug auch die komplizierten Fragen der Zügelung und Eindämmung

Diese Tatsache prägt das Antlitz unserer Streitkräfte. Selbst untrennbarer Teil des werktätigen Volkes, verteidigen sie dessen Lebensinteressen. Niemals vorher in der Geschichte verschmolz der militärische Schutz des Staates derart mit dem Willen der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen in Stadt und Land, ihre politische Macht zu festigen, die sozialistischen Errungenschaften zu erhalten und zu mehren sowie den Frieden zu sichern. Unter den heutigen Klassenkampfbedingungen äußert sich die Gesetzmäßigkeit der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes stärker denn je in der friedengebietenden und friedenerhaltenden Mission der sozialistischen Streitkräfte und aller unserer Verteidigungsanstrengungen. Mit dem Frieden aber schützen wir das wichtigste Menschenrecht, das Recht auf Leben;

des Wettüstens zu lösen und damit die Entspannung zu vertiefen. Das ist jedoch ein schwerer und langwieriger Weg. SALT II ist durchaus ein bedeutsamer Schritt auf diesem Wege, aber keineswegs sein Abschluß. Noch hat der Druck der Entspannungsgegner nicht nachgelassen, sind die reaktionären Kreise des Monopolkapitals nicht bereit, auf das Wettüsten zu verzichten. Namhafte amerikanische Politiker und Militärs fordern die Erhöhung des Militärhaushaltes um weitere drei bis fünf Prozent als Vorbedingung einer Zustimmung zu SALT II. Angesichts der Fortsetzung der materiellen und ideologischen Kriegsvorbereitung durch die NATO sind die sozialistischen Staaten gezwungen, auch weiterhin ihr Verteidigungspotential auf dem gebührenden Niveau zu halten. Dieses Potential muß stark genug sein, um zu

garantieren, daß niemand es wagt, unsere friedliche Arbeit zu stören und unsere sozialistischen Errungenschaften anzugreifen. Mit Nachdruck betonte der Generalsekretär unseres Zentralkomitees bei seinem Truppenbesuch im August 1979: „Der Frieden kommt bekanntlich nicht von selbst. Er verlangt einen beharrlichen Kampf und kann nur gegen den erbitterten Widerstand seiner Feinde durchgesetzt werden. Damit der Frieden dauerhaft gewährleistet, damit er schließlich zur normalen Lebensform der Völker wird, ist uns keine Mühe zu groß. Gerade am Vorabend des 1. September, an dem sich der Beginn des zweiten Weltkrieges zum 40. Male jährt, möchte ich dies unterstreichen.“

Auch heute gilt für uns Lenins Mahnung, daß sich unsere Friedensschritte paaren müssen mit der Anspannung unserer ganzen militärischen Kräfte. Das bedeutet auch für die DDR, daß die Stärkung unserer Landesverteidigung im Rahmen der sozialistischen Verteidigungskoalition des Warschauer Vertrages eine unabdingbare Notwendigkeit im Kampf um die dauerhafte Sicherung des Friedens und der Schaffung günstiger Bedingungen für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist.

Die Anstrengungen der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, ihren sozialistischen Staat weiter politisch und ökonomisch zu festigen und zu stärken, sind in zunehmendem Maße mit der Bereitschaft verbunden, auch aktiv zu seiner militärischen Verteidigung beizutragen. Das ist vor allem das Ergebnis der konsequenten Anwendung der marxistisch-leninistischen Militärpolitik durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in den vergangenen 30 Jahren des Bestehens der sozialistischen DDR.